

Zürich, 21. Januar 2019

Fraktionserklärung der EDU und SVP zu KR-Nr. 324/2018 «Pilotversuch mit Cannabis»

EDU verurteilt Cannabis-Versuche

Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der EDU und SVP zum Thema „Pilotversuch mit Cannabis“

Die Stellungnahme des Regierungsrates auf die Anfragen KR-Nr. 324/2018 „Pilotversuch mit Cannabis“ ist typisch für eine Drogen-Verharmlosungspolitik. – Typisch sind die Aussagen betreffend, ich zitiere "... risikoarmen Umgangs mit abhängig machenden Substanzen ..." Ende Zitat, wie wenn es einen risikoarmen Umgang mit Drogen geben würde!

Mit der Teilnahme am Pilotversuch mit Cannabis verabschiedet sich der Kanton Zürich direkt von seinem Viersäulen-Konzept.

Medizinisch ist längst nachgewiesen, dass Cannabis-Konsum gerade für Jugendliche gesundheitlich höchst problematisch ist und besonders für das Gehirn schwerwiegende Folgen hat. Psychosen Schizophrenie, Persönlichkeitsveränderung, Leistungsunfähigkeit und Konzentrationsprobleme, usw. sind bekannte Folgen. Nahezu totgeschwiegen wird in der Schweiz die Wirkung von THC im Strassenverkehr. THC-Backflashes sind häufiger Mitverursacher von Unfällen im Strassenverkehr, als vielen Drogen-Verharmlosern lieb ist.

Die in der regierungsrätlichen Antwort angegebenen Repressionskosten von 560 Mio. bis 1 Mia Franken sind nicht nachvollziehbar. Es ist davon auszugehen, dass darunter Polizei-Drogeneinsätze und vor allem die administrativen Kosten von Drogen-Justizverfahren inkl. U-Haft und Strafvollzug für Drogen-Straffällige gezählt werden. Aus unserer Sicht eine fragwürdige Berechnungsweise. Realistischer wäre die Gegenüberstellung eines wieder-integrierten geheilten ehemaligen Drogenabhängigen, welcher dank abstinenzorientierter Rehabilitation nun drogenfrei, wieder für sich selber sorgen kann und Steuern und Sozialbeiträge bezahlt. Die heutige Drogenpolitik – gerade im Kanton Zürich – verwaltet die Drogenabhängigen mit Hilfe vom Steuerzahler finanzierten Methadon und Heroin in der Drogensucht, dies mit einem Heer von sozial- und medizinischen Betreuern, Sozialhilfe usw.

Trotz anders lautendem UNO-Übereinkommen, welches auch von der Schweiz unterzeichnet wurde, läuft derzeit eine von den sozialistischen Städten Zürich, Bern und Winterthur unterstützte Drogenliberalisierungskampagne. Zu besonderem Erstaunen gibt Anlass, dass nun auch die zürcherische FDP ins selbe Horn bläst und eine Legalisierung von Kokain und THC-enthaltenden Substanzen fordert.

Die EDU und SVP erwartet von der Regierung eine Drogenpolitik, die einen klaren präventions- und abstinenzorientierten Umgang mit Drogen fördert, statt Pilotversuche mit Cannabis.

Auskunft:

Kantonsrat Hans Egli, Parteipräsident, 076 526 79 26